



WIR STEHEN
AUF

DEMOKRATIE

STØRK 2024
NAJU JUGENDMAGAZIN

STØRK

NAJU JUGENDMAGAZIN

2024

NA JU,

wir schauen auf ein Jahr zurück, das u. a. geprägt war von der Europawahl und drei Landtagswahlen – und vom Wahlerfolg rechter Parteien, der einen nachdenklich und erschüttert zurücklässt.

Was das mit der NAJU zu tun hat? Eine ganze Menge. Wir stehen für eine lebendige Demokratie und Vielfalt und heißen alle Menschen ganz unabhängig von Herkunft, Glauben, Nationalität, sexueller Identität oder Behinderung willkommen.

Wir werden also nicht die Augen und Ohren davor verschließen, wenn rechte Parolen wieder salonfähig werden und unsere Gesellschaft zunehmend gespalten wird. Daher: Es ist Zeit für eine STØRK-Ausgabe zum Thema Demokratie!

Und so wie Vielfalt zur Demokratie gehört, so sind auch die Artikelthemen vielfältig. Das Heft möchte dir Wissen mitgeben; dich zur Auseinandersetzung mit Themen anregen, die dir womöglich bisher nicht präsent waren; dein Interesse an neuen Dingen wecken. Das Heft möchte dich motivieren, gemeinsam mit uns für unsere Demokratie aufzustehen.

**Viel Spaß,
deine STØRK-Redaktion**

IMPRESSUM

NAJU (Naturschutzjugend im NABU)
Bundesgeschäftsstelle
Karlplatz 7, 10117 Berlin
www.NAJU.de

V.i.S.d.P.: Manuel Tacke

Redaktion: Lorena Baier, Charly Csipai,
Hendrik Heim, Matti Herrmann, Nick Hick,
Karoline Kraft, Lukas Lauterbach,
Thulashika Nagularajah, Wiebke Rahlf

Lektorat: Karoline Kraft

Gestaltung und Illustrationen:

Julia Frieze

Erstauflage: 2024

Foto Umschlag: adobe.stock.com /
vorn: wolfhound911 (generiert mit KI);
hinten: Vitezslav Vylcil (generiert mit KI)

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

Gefördert durch



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

INHALT



EIN WAHLALTER IN DEUTSCHLAND ERGIBT KEINEN SINN!

Ein Plädoyer für ein Wahlrecht für alle **2**

WIE MAN DEN WOLF IM SCHAFSPELZ ERKENNT

4 Populistische Argumentations-
strategien entlarven



NIE WIEDER IST JETZT

Der Storch im Schnabeltag **6**

DEMOKRATIE ALS GENERATIONSPROJEKT

8 Fragen an fünf Menschen
aus mehreren Generationen



DEMOKRATIE, KLIMAKRISE UND DER AUFSCWUNG RECHTER PARTEIEN

Herausforderungen für unsere Demokratie **10**

DU, WIR UND UNSER VERBAND ZEIGEN GESICHT!

12 Naturschutz und die extreme Rechte



ICH FIND DICH SCHEISSE!

Oder wie man nicht diskutieren sollte **16**

DEMOKRATISCH LEBEN

18 Einblicke in das Mehrgenerationen-
Wohnprojekt »Holzhaus LINSE«



IDENTITÄTSPOLITIK – EIN BLICK HINTER DIE KULISSEN

Von Geschichte über Privilegien
und Umgang **21**

AUGEN AUF DIE EINGANGSHALLE

24 Eine kleine Einführung in die Welt
der Interessenvertretung





EIN WAHLALTER IN DEUTSCHLAND ERGIBT KEINEN SINN!

2024 – ein Superwahljahr in Deutschland und der Welt. Neben der Europawahl fanden hierzulande gleich drei Landtagswahlen im Osten statt. Im Juni durften auch 16- und 17-Jährige wählen. Trotzdem schließt jede Wahl Menschen vom Wählen aus, die direkt von den Ergebnissen betroffen sind. Es ist Zeit für ein Wahlrecht für alle!

Man kann den Zusammenhang zwischen Kindern und Politik aus vier Blickwinkeln betrachten: die gesetzliche Lage, die Rolle der Eltern, die Schule und die Kinderpolitik.

Die gesetzliche Lage

Alle Menschen in einem Staat müssen sich an dessen Gesetze halten. Auch wenn die Strafmündigkeit erst mit 14 Jahren beginnt – es gibt zahlreiche Pflichten, die auch Kinder und gerade Jugendliche erfüllen müssen. Man denke etwa an die Schulpflicht oder an die Pflicht, auf seine Eltern zu hören und ihnen, wenn nötig, im Haushalt zu helfen. Deshalb ist es ungerecht, 14 Millionen unter 18-Jährige von der Mitbestimmung auszuschließen. Junge Menschen sind besonders von politischen Entscheidungen für die Zukunft betroffen. Es ist daher essentiell, sie am politischen Diskurs teilhaben zu lassen – und das geht direkt nur über das Wahlrecht. Nicht zu vergessen ist auch der demographische Wandel. Unsere Gesellschaft wird immer älter. Es gibt mehr ältere Menschen, die bald schlichtweg nicht mehr leben werden. Sie haben prozentual einen immer höheren Mitbestimmungsanteil am Wahlergebnis. Schon heute ist jede zweite Person älter als 45, jede fünfte älter als 66 Jahre. Bis Mitte der 2030er Jahre wird die Zahl der älteren Menschen, gerade im Rentenalter steigen, während die Zahl der erwerbstätigen, jüngeren Menschen abnimmt.

Neue Verantwortung für Eltern

Was geschieht, wenn man die Utopie verwirklicht? Natürlich kann man keine Dreijährigen in die Wahlkabine setzen. Das ist aber fast immer so – sehr viele Lebensentscheidungen müssen in den ersten Lebensjahren von unseren Eltern übernommen werden. Sie sind verantwortlich für unser gutes Aufwachsen. Deshalb sollten sie auch dafür verantwortlich sein, dass Kinder eine lebenswerte Zukunft haben! Dies könnte geschehen, indem die Eltern mit der »Familienstimme« für ihre Kinder mitwählen würden. Wenn das feste Wahlalter aufgehoben wird, sollte auch der Wahleintritt der jungen Menschen flexibler gestaltet werden. In einem Test, den die Eltern nach eigenem Ermessen beantragen können, wird dann festgestellt, ob die Jugendlichen mündig genug sind, um an der Wahl teilzunehmen. Dabei gibt es keine Noten, sondern eine Analyse des Ergebnisses. Eltern und Kind entscheiden gemeinsam, ob man schon bereit zum Wählen ist, oder ob es dafür noch ein wenig zu früh ist. Im Bürgerlichen Gesetzbuch heißt es: »Bei der Pflege und Erziehung berücksichtigen die Eltern die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes zu selbständigem verantwortungsbewusstem Handeln.« Getreu diesem berechtigten Maßstab ermöglicht die Abschaffung des Wahlalters nicht nur eine größere Selbstständigkeit der Kinder. Es würde durch pädagogische Mittel auch einer Unverhältnismäßigkeit entgegengewirkt werden.

Mehr politische Bildung

Ob die Gewerkschaft GEW oder die dafür zuständige Bundeszentrale – alle sprechen sich für mehr politische Bildung in der Schule aus. Politische Bildung ist parteiunabhängig. Sie bereitet junge Menschen darauf vor, Teil der Gesellschaft zu sein. Sie leitet an zu einer eigenen Haltung, hinter der man steht und die man vertritt. Die Vollendung politischer Bildung ist es, seine Haltung auch wirksam einbringen zu können, damit Jugendbeteiligung effektiv gelingt. Blickt man auf Schüler*innenvertretungen, zeigt sich ganz deutlich, dass junge Menschen eigene Werte und Meinungen haben. Oft werden sie hierzu aber gar nicht befragt, Demokratie bleibt im Alltag auf der Strecke. Natürlich gibt es großen Verbesserungsbedarf im Politikunterricht in der Schule. Aber Konzepte wie Open Spaces, Jugenddemokratiekonferenzen oder innovative Workshops zeigen, was möglich ist, um die Energie zu nutzen, die Jugendliche etwa bei Fridays For Future regelmäßig auf die Straße bringen.

Einen neuen Politikstil wagen

Politik wird immer danach gemacht, noch einmal gewählt zu werden. Wird ein erheblicher Teil der Bevölkerung jedoch von der Wahl ausgeschlossen, hat das Auswirkungen darauf, wie wichtig Kinder und Jugendliche den Politiker*innen sind. Nicht umsonst heißt es »Kinder haben keine Lobby«. Nicht umsonst wurde auf junge Menschen während Corona so wenig Rücksicht genommen. Und nicht umsonst bleiben große Ambitionen in Sachen Bildungspolitik immer als Erstes aus, wenn gerade wenig Geld da ist. Wenn wirklich alle Menschen wählen dürfen, ist es viel wichtiger,



zukunftsfähige Politik zu machen. Schon heute zeigt sich, dass große Parteien bei der Jugend nicht ankommen. Sich wirklich auf die jüngere Generation einzulassen und Mitbestimmung wirklich zu wollen, wäre die Herausforderung für die Politiker*innen. Zeit, diese Herausforderung anzunehmen!

Wahlalter in Deutschland – wie sieht's im Moment aus?

- » **Kommunalpolitik:** Ab wann man Ortsparlament und Bürgermeister*in wählen darf, entscheiden die Bundesländer. Ab 16 Jahren wählen darf man momentan in allen Bundesländern, außer in Bayern, Berlin, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und im Saarland.
- » **Landtagswahlen:** Hier ist wählen ab 16 Jahren in Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern möglich.

» **Bundestagswahl:** Nach Artikel 116 Absatz 1 im Grundgesetz ist das Wählen ab 18 Jahren möglich.

» **Europawahl:** Seit diesem Jahr darf man in Deutschland bereits ab 16 Jahren an der Europawahl teilnehmen, genauso wie in Belgien, Griechenland, Österreich und Malta.

Du möchtest noch wissen, was die NAJU zum Thema Wahlalter denkt? Dann schau hier vorbei: www.NAJU.de/positionen.



WIE MAN DEN WOLF IM SCHAFSPELZ ERKENNT

Populismus hat zurzeit wieder Hochkonjunktur. Man denke nur an den Satz von Friedrich Merz, dass die abgelehnten und nicht ausgereisten Asylbewerber sich die Zähne neu machten, während die deutschen Bürger keinen Zahnarzttermin bekämen. Egal, einfach ignorieren? Nein! Populismus ist nicht nur dummes Geschwätz, sondern gefährlich für unsere Demokratie!



Umso wichtiger ist es, populistische Argumentationsstrategien zu erkennen. Wenn ihr wisst, wie sie funktionieren, könnt ihr euren Gesprächspartner*innen leichter den argumentativen Boden unter den Füßen wegziehen. Bevor ihr einige der Strategien kennenlernt, hier ein Blick darauf, was Populismus überhaupt ist und was ihn so gefährlich macht.

Populismus und Demokratie

Die Bundeszentrale für politische Bildung definiert Populismus folgendermaßen: »Populismus idealisiert das Volk und baut Feindschaft zur Elite auf. [...] Populismus erzählt die Geschichte des von der Elite betrogenen Volkes«. Er zeichnet sich u. a. dadurch aus, dass er leichte Antworten auf komplizierte gesellschaftliche Fragen verspricht, Emotionen gegen Sachlichkeit ausspielt und »alternative Fakten« nutzt. Populist*innen beanspruchen für sich, den »einzig richtigen Volkswillen« zu kennen und das »einzig wahre Volk« gegen »die anderen« zu vertreten. Andere Meinungen sind Verrat am »Volk«.

Populismus und Demokratie passen somit nicht zusammen. Der Diskussionsstil schadet einer sachlichen und respektvollen Debatte. »Alternative Fakten« stehen dem Versuch entgegen, für die Gesellschaft einen bestmöglichen Kompromiss auf Basis von Fakten zu finden. Allein entscheiden zu wollen, wer zum »Volk« und wer zur »staatl-

chen Elite« gehört, nur bestimmte Positionen und Meinungen anzuerkennen, ist antipluralistisch und nicht demokratisch. Das Schüren von Misstrauen in demokratische Organisationen, die von »Eliten« beherrscht seien, untergräbt demokratische Prozesse.

Dass der politische Ton über die letzten Jahre rauer geworden ist, hängt wohl auch damit zusammen, dass Populismus gerade in Krisenzeiten verstärkt auftritt. So beschloss z. B. die Regierung Ende 2023 die Streichung von Steuersubventionen für Landwirt*innen, was zu erheblichem Protest ihrerseits führte. Dass vor allem Politiker*innen aus dem konservativen Parteienspektrum daraufhin gegen die Ampelregierung und vor allem die Grünen weterten, trug keinesfalls zu einer Entschärfung der Situation bei. Sätze wie »Ich bin überzeugt, wenn Herr Özdemir von feuchten Träumen spricht, dass die feuchten Träume eher die Grünen haben mit ihrer Deindustrialisierungspolitik, mit einer ideologischen Landwirtschaftspolitik, mit einer ideologischen Innenpolitik usw.« von Hubert Aiwanger, die er im Januar 2024 in einem Interview mit NiUS* äußerte, sind Paradebeispiele für den Populismus, der in der deutschen Politiklandschaft in den letzten Jahren Einzug genommen hat.

Für viele Menschen sind in diesen Zeiten einfache populistische Antworten sehr verlockend. Umso wichtiger ist es, sie zu erkennen. Welche Argumentationsstrategien Populist*innen nutzen, erfahrt ihr hier.



Das Ad-hominem-Argument: Angriff auf die Person

Ad-hominem-Argumente funktionieren sehr simpel. Um die Glaubwürdigkeit des Gegenübers zu untergraben, wird nicht dessen Argumentation widerlegt, sondern es wird persönlich angegriffen.

Ein Beispiel gefällig? »Was unterscheidet meinen Hund Molly von Kevin Kühnert und Ricarda Lang? Mein Hund hat eine abgeschlossene Ausbildung.« So Markus Söder am politischen Aschermittwoch 2024. Die Aussage hat nichts mit den politischen Argumenten der beiden Genannten zu tun, setzt sie aber wertig unter Söders Hund. Und wer würde eine Diskussion mit einem Hund auf Augenhöhe anfangen?

Das Strohmann-Argument

Beim Strohmann werden Argumente der Gegenseite falsch oder übertrieben dargestellt, um diese verzerrten Argumente anschließend durch die eigene Position zu widerlegen oder die eigene Position als berechtigt, neu oder mutig erscheinen zu lassen. Im Kampf gegen einen Strohmann, also einen erfundenen Gegner, lässt sich so leicht eine Diskussion gewinnen.

»Sie wollen uns die Schweinshaxe, die Bratwurst, das Schnitzel verbieten. Und lasst mich eins sagen, ich lasse mir nicht mein Schnitzel wegnehmen!«, so Alice Weidel auf dem Gillamoos Volksfest im September 2023. Linke und Grüne wollen uns allen das Fleischessen verbieten? Diese Forderung gab es nie. Aber egal. Die Wählerschaft überzeugt es und es werden Feindbilder kreiert und Ängste geschürt.



»Alle sagen das« oder: Die schweigende Mehrheit

Ad-populum-Argumente sind Argumente, die dadurch Wert bekommen sollen, dass sie angeblich von großen Teilen der Bevölkerung als richtig angesehen werden. Doch zum einen wird eine Aussage oder ein Argument nicht dadurch gut oder richtig, nur weil viele Leute daran glauben. Es hielt sich auch lange als Volksglaube, dass Aderlass alle Probleme löst. Mittlerweile wissen wir, dass das Gegenteil der Fall ist. Zum anderen ist es das Prinzip dieser Strategie, einer schweigenden Mehrheit etwas in den Mund zu legen, wenngleich es diese schweigende Mehrheit selten gibt und sie noch seltener diese Meinung vertritt.

Wenn etwa AfD oder BSW sagen, sie wären die Stimme »des Volkes«, kann man sich fragen, warum sie bei der Europawahl 2024 zusammen wenig mehr als 22 Prozent der Stimmen bekommen haben. Was ist mit den anderen fast 78 Prozent der Wähler*innen?

Das falsche Dilemma

Falsche Dilemmata stellen eine Frage und lassen es so erscheinen, als ob es dazu nur zwei extreme und entgegengesetzte Antworten gäbe, wobei diese häufig nicht einmal stimmen. Grautöne werden nicht zugelassen. Wenn jemand behauptet, dass man sich in Deutschland zwischen Wohlstand oder den Grünen, zwischen Klimaschutz oder Wirtschaft, oder zwischen Autobahnen oder Gleisnetzausbau entscheiden müsse, dann ist das ein falsches Dilemma und keinesfalls ein tatsächlicher Entscheidungszwang.



* Kleine Randnotiz: NiUS ist ein deutschsprachiges Onlinemedium, das passenderweise den Beisatz trägt »Wir geben der Mehrheit in Deutschland eine Stimme!« Ihm wird rechtspopulistische Stimmungsmache und eine massive Verdrehung von Fakten vorgeworfen.

**Ihr wollt mehr zum Thema wissen?
Dann schaut hier vorbei!**

» www.quarks.de/gesellschaft/scheinargumente-hier-solltest-du-in-diskussionen-aufpassen/
» www.zdf.de/show/mai-think-x-die-show/maithink-x-folge-31-populismus-100.html



NIE WIEDER IST JETZT

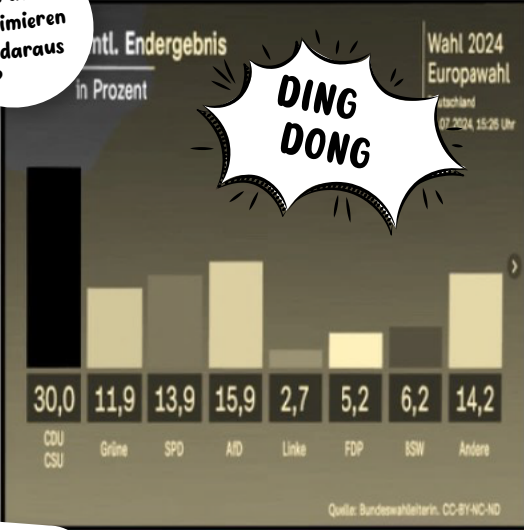


MATTI wünscht sich eine Welt, in der Störche sprechen können.



CHARLY hofft, dass viele Menschen sich weiterhin für Demokratie einsetzen.

Oh man, die Wahlergebnisse der letzten EU-Wahl depressieren mich total. Was soll daraus nur werden?



DING DONG

Hallo Opa! Hast du schon die neuen Wahlergebnisse gesehen?

Leider ja. Ich glaube, wir brauchen erstmal einen warmen Tee, um das zu verarbeiten!

Guck mal, diese Filmrolle habe ich heute erst in meinem alten Nest gefunden!

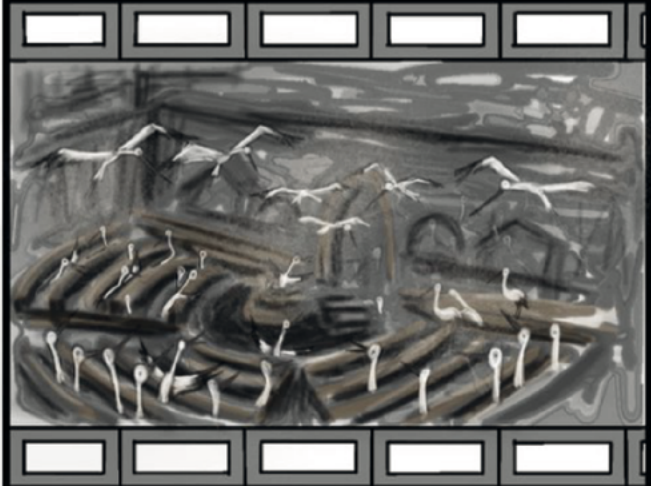
Wie soll das denn weitergehen? Ich bin schon über so viele Länder geflogen und finde sie alle wunderschön, aber Europa macht mir nun Angst. Früher war alles viel besser!

Mein Lieber, früher war nicht alles besser. Ich erinnere mich noch deutlich daran. Dazu will ich dir was zeigen:

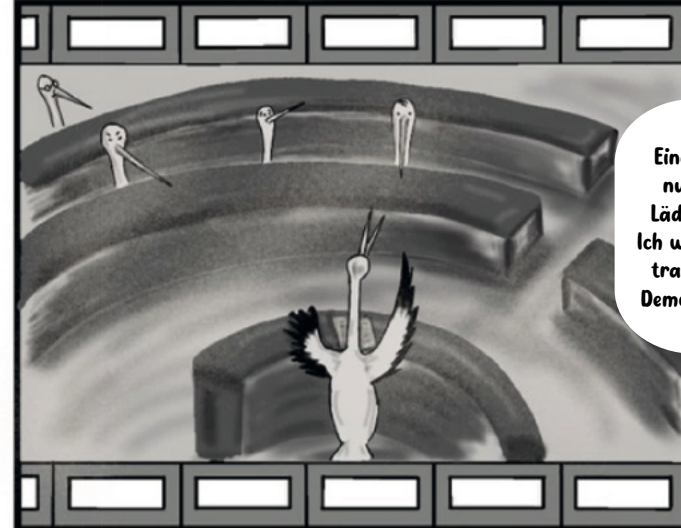
Diese Bilder sind nun schon einige Jahrzehnte alt.

Damals war ich noch jung und voller Tatendrang. Ich war politisch im Schnabeltag aktiv. Hier siehst du mich an meinem ersten Tag: Ich war total aufgeregt!

Es war ziemlich chaotisch in der Weimarer Republik, aber ich war überzeugt davon, auf dieser Demokratie aufzubauen. Und dann passierte das:



Hier erzählt der Vorsitzende gerade, dass nun keine Spatzen, Krähen, Tauben oder andere Vögel mehr im Schnabeltag erlaubt sind.



Eines führte zum anderen und es wurde nur noch Störchen erlaubt, bestimmte Läden zu betreten oder sogar zu wählen. Ich weiß, dass die Entwicklungen heute sehr traurig sind, aber wir müssen an dieser Demokratie festhalten und dafür kämpfen!

THE END

Danke Opa! Jetzt weiß ich, dass es wichtig ist, sich für Demokratie einzusetzen. Dann gehe ich mal demonstrieren.

Demokratie als Generationsprojekt

*Unser Zusammenleben betrifft alle in Deutschland. Zentrales Interesse der Politik sollte es also sein, auch möglichst alle Bürger*innen mitzunehmen. Ich habe fünf von ihnen in unterschiedlichem Alter befragt. Ihnen allen ist Demokratie wichtig. Im Interview sagen sie uns warum! Auch Zusammenhalt zwischen den Generationen ist zentral für das Funktionieren einer Gesellschaft. Wie leicht ihnen der Austausch über Altersgrenzen hinweg fällt, hat mich daher auch interessiert.*



Ella Balderhaar

9 Jahre



WARUM IST DIR DEMOKRATIE WICHTIG?

Ich finde es gut, mitzuentcheiden. Manchmal ist es aber ganz schön schwierig, herauszufinden, was alle wollen. Wählen finde ich wichtig, damit es dann keinen Streit gibt.

WAS FÄLLT DIR IM AUSTAUSCH AUF, WENN DU MIT DEINEN GROSSELTERN REDEST?

Wenn ich mit meinen Großeltern rede, muss ich mehr erklären, als wenn ich zum Beispiel mit meinen Freundinnen rede. Wenn sie über Zeiten reden, als ich noch nicht gelebt habe, finde ich das schon interessant. Nur manchmal erschreckt es mich ein bisschen.

Arno Schacht

17 Jahre

WARUM IST DIR DEMOKRATIE WICHTIG?

Unser System hängt von der Wahlbeteiligung der Bevölkerung ab. Ich finde es wichtig, die Möglichkeit zu haben, mich einzubringen und damit etwas zu bewirken. Es ist verständlich, wenn man sich im Moment von der Politik abgehängt fühlt. Trotzdem darf man nicht das Vertrauen in die Demokratie verlieren und resignieren. Es braucht ein starkes und selbstbewusstes Europa, welches international wettbewerbsfähig bleibt und gleichzeitig nicht als Superstaat zur Homogenisierung der verschiedenen wertvollen europäischen Kulturen beiträgt.

WIE LEICHT FÄLLT DIR DER AUSTAUSCH MIT ÄLTEREN MENSCHEN?

Ich mag den Austausch mit älteren Menschen und lerne dabei viel. Man bekommt so ein Gespür, zwischen Bewahren und Verändern abzuwägen. Ich denke auch, wir Jugendlichen könnten die erbrachte Leistung für unser Land und Europa mehr wertschätzen.



Emely Green

26 Jahre

WARUM IST DIR DEMOKRATIE WICHTIG?

Jede Person kann mit ihrer eigenen Erfahrung zur gesellschaftlichen Entwicklung beitragen. Gerade das Wählen finde ich wichtig, weil auch hier jede Meinung zählt und ich diese Form der Beteiligung nicht auslassen will. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass Menschen sich tiefgründiger über Themen informieren (können), die sie betreffen. Und wir brauchen ein wertschätzenderes Umfeld für einen konstruktiven Diskurs.

WIE LEICHT FÄLLT DIR DER AUSTAUSCH ZU ÄLTEREN MENSCHEN?

In meinem Ehrenamt und überall in meinem Alltag komme ich mit Menschen aus unterschiedlichen Altersgruppen in Berührung. Deshalb fällt mir der intergenerationale Austausch leicht.



Björn Filbrich

48 Jahre

WARUM IST DIR DEMOKRATIE WICHTIG?

Mitbestimmung heißt: aktiv an der Zukunft beteiligt zu sein. Sie ist unerlässlich für ein Leben in Freiheit. Dabei ist besonders das Recht zu wählen elementar wichtig für unsere Gesellschaft. Ich gebe meine Stimme deswegen bei jeder politischen Wahl ab. Demokratie ist nicht selbstverständlich. Wir müssen sie schützen, bewahren und auch leben.

WIE LEICHT FÄLLT DIR DER AUSTAUSCH ZU MENSCHEN IN GANZ ANDEREM ALTER?

Unabhängig vom Alter fällt es mir leicht, mich auch mit Menschen mit großem Altersunterschied auszutauschen. Es ist immer wichtig, dass Offenheit und gegenseitige Achtung ein Gespräch prägen. Die Aufgabe der Politik, die wir über die Wahl beeinflussen, ist es meiner Meinung nach, für die gesamte Gesellschaft gute Lebensbedingungen zu schaffen und zu bewahren und die Menschen nicht zu spalten, sondern zu einen.

Petra Repp

82 Jahre

WARUM IST DIR DEMOKRATIE WICHTIG?

Das Beteiligtsein an Entscheidungsprozessen ist ein wichtiges demokratisches Grundprinzip. Dabei halte ich es für meine Bürgerpflicht in der Demokratie, wählen zu gehen. Nur durch unsere Stimme wird sich Europa nach demokratischen Regeln entwickeln lassen. Für die Zukunft wünsche ich mir mehr soziale Gerechtigkeit. Leistung muss anerkannt und gefördert werden. Insgesamt brauchen wir wieder mehr Solidarität innerhalb der Gesellschaft.

WIE LEICHT FÄLLT DIR DER AUSTAUSCH ZU JÜNGEREN MENSCHEN?

Der Austausch mit Jüngeren fällt mir leicht. Ein Austausch zwischen den Generationen ist ganz wichtig. Ich höre gerne jungen Menschen zu, erfahre, wie sie denken, welche Wünsche und Vorstellungen sie haben, tausche mich im Gespräch gerne mit ihnen aus. Grundsätzlich sollten Jung und Alt im Gedankenaustausch stehen, um voneinander zu profitieren.





DEMOKRATIE, KLIMAKRISE UND DER AUFSCWUNG RECHTER PARTEIEN



Die Klimakrise ist eines der drängendsten Probleme unserer Zeit: Dürren, Überschwemmungen, weitere Extremwetterereignisse und steigende Temperaturen führen zu lokalen und globalen Notlagen. Wird unsere Demokratie dem gewachsen sein? Ich möchte einen Blick darauf werfen, welche Zusammenhänge es zwischen der Klimakrise und dem Erstarken extrem rechter und (rechts)populistischer Parteien gibt, die unsere Demokratie gefährden.

Wunsch nach autoritärem Durchgreifen und schnellem Handeln

Die Folgen des Klimawandels spüren wir alle: Steigende Temperaturen und Extremwetterereignisse führen zu Lebensmittel- und Wasserknappheit, Flucht, dem Verlust der Biodiversität. Sie verstärken aber auch globale Ungerechtigkeiten, führen zu Konflikten um wichtige Ressourcen und können zur psychischen Belastung werden. Doch obwohl der Klimawandel wissenschaftlich schon seit mehreren Jahrzehnten untersucht wird und die Auswirkungen vorhergesagt werden, sind die nationalen und internationalen Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe unzureichend.

Dieses unzureichende Handeln fördert nach rechts anschlussfähige, autoritäre Positionen – etwa den Wunsch nach einem entschiedenen Durchgreifen, bei dem zur Not auch demokratische Prozesse vernachlässigt werden. Dass dieser Wunsch besteht, hat u.a. eine Hochschulumfrage von der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im

Naturschutz (FARN) unter Studierenden grüner Berufe gezeigt. Doch auch wenn die Vernachlässigung demokratischer Prozesse nicht in Kauf genommen wird, sind Forderungen nach Maßnahmen, die schnell umgesetzt werden müssen, auf den ersten Blick schwer mit eher langwierigen demokratischen Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen vereinbar.

Nichtsdestotrotz ist Demokratie unerlässlich, um mit den Folgen der Klimakrise umzugehen. Bildung und Aufklärung sorgen in der Demokratie dafür, die Klimakrise und die damit verbundenen Maßnahmen zu erklären und dadurch eine Legitimierung möglich zu machen. Zudem gilt in Demokratien der Anspruch, Lösungen für alle Betroffenen zu finden und sowohl die ökologischen als auch die sozialen und ökonomischen Komponenten der Klimakrise zu berücksichtigen. Insbesondere dieser Punkt kommt in den stark technischen Analysen von Klimawissenschaftler*innen oft zu kurz. Sie formulieren zwar die Notwendigkeit klimapolitischer Maßnahmen, allerdings denken sie dabei nicht immer alle mit, die von den Maßnahmen betroffenen sind.

Wenn durch die Auswirkungen der Klimakrise oder autoritär durchgesetzte Maßnahmen, die nicht ausreichend begründet werden und über die nicht zur Genüge aufgeklärt wird, die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wächst, kann dies zum Erstarken extrem rechter und (rechts)populistischer Parteien führen. Diese jedoch liefern einfache, nur vermeintliche und oft undemokratische Lösungen für komplexe Probleme und können und wollen der Klimakrise nicht global gerecht begegnen.

Klimaschutz und das Erstarken rechter Parteien

Insbesondere in einer Zeit multipler Krisen mit dem Ukrainekrieg, der Coronakrise, Inflation, verstärkter Präsenz und Akzeptanz rechter Ideologien und zunehmend stärker wahrnehmbarer Folgen der Klimakrise scheinen genau diese einfachen, populistischen Antworten auch bei einem Teil der jungen Generation auf Zustimmung zu treffen. Ein Teil der Jugend wirkt ernüchtert, demokratieverdrossen und ohne ausreichende Bereitschaft, sich mit komplexen Problemen auseinanderzusetzen. Bei der Europawahl 2024 haben beispielsweise die Grünen massiv bei den 16-24-Jährigen verloren. Dagegen legte in dieser Altersgruppe die AfD stark zu und auch das BSW konnte auf Anhieb viele Stimmen gewinnen.

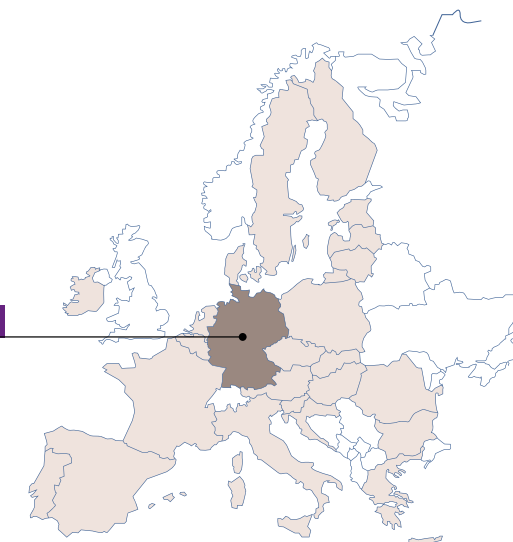
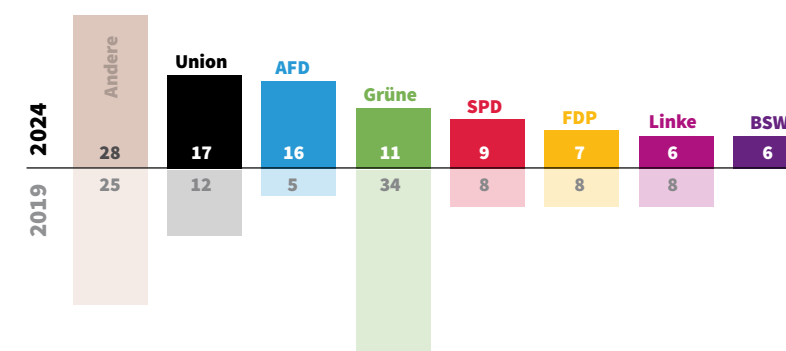
Rechtspopulistische Parteien gehen nicht nur mit einfachen Antworten und Tabubrüchen auf Stimmenfang und schaffen es, Ängste der Bevölkerung

für sich zu nutzen. Während ein Teil der rechten Parteien den menschengemachten Klimawandel leugnet, sich ein anderer Teil dazu gar nicht oder nur vage oder widersprüchlich äußert, erkennen andere den Klimawandel an und unterstützen Klimaschutzmaßnahmen. Für sie ist der Umwelt- und Naturschutz ein Kernanliegen – im Sinne eines »Öko-Nationalismus«. Ihnen geht es um den Schutz der eigenen Heimat und der heimischen Natur- und Kulturlandschaft und dafür setzen sie auf eine nationalistische Abschottung.

Der Kampf gegen die Klimakrise steht angesichts des europaweit zunehmenden Erstarkens rechter Parteien unter keinem guten Stern. Insbesondere für globale Probleme braucht es eine starke Demokratie und einen guten Zusammenhalt der globalen Staatengemeinschaft. Es braucht internationale Zusammenarbeit wie auf den Klimakonferenzen, Loss and Damage Fonds, sowie eine grüne Transformation, die nicht unter Ausbeutung des globalen Südens stattfindet, sondern eine klimagerechte Welt möglich macht. Auch die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft spielt eine wichtige Rolle. Einerseits für das Erproben lokaler Anpassungsstrategien und Aufklärungsprojekte, andererseits als Akteurin, die durch Demonstrationen und Aktionen Klimagerechtigkeit einfordert.

Eine starke Demokratie ist unerlässlich, um Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen durchzuführen und dafür Unterstützung zu erhalten – und um das gute Leben für alle zu erreichen.

Wahlergebnisse der 16- bis 24-Jährigen bei der Europawahl in Deutschland 2019 und 2024 (in Prozent)



DU, WIR UND UNSER VERBAND ZEIGEN GESICHT!



Immer mehr Krisen entstehen und finden gleichzeitig statt: Klimakrise, Artensterben, Kriege, Inflation, die Corona-Pandemie und ihre Folgen, ... All das befördert einen zunehmenden Rechtsruck bei uns in Deutschland und weltweit. Und auch der Natur- und Umweltschutz sind davor nicht gefeit.

Im Gegenteil. Wir, Wiebke und Lorena aus der NAJU, wollten das nicht weiter hinnehmen. Und so sind wir Teil des Kompetenznetzwerks von NAJU und NABU geworden, das im Rahmen des Projekts »Kein Blattbreit der Rechten« im Verband aufgebaut wurde. Doch was haben Natur- und Umweltschutz mit extrem rechten Ideologien zu tun? Und warum ist es wichtig, dass Natur- und Umweltschutzorganisationen hierzu Stellung beziehen? Zu diesen Fragen haben wir mit den Personen Interviews geführt, die uns für das Kompetenznetzwerk ausgebildet und uns auf diesem Weg begleitet haben. Wir haben viel von ihnen gelernt und wollen euch mit diesen Interviews daran teilhaben lassen.

Unsere Interviewpartner*innen



Matthias Laurisch ist Teil der NABU-Geschäftsleitung. Er ist unter anderem für die NABU-Regelwerke und den Fachbereich Engagement und Verbandsentwicklung zuständig.



Karoline Kraft ist Referentin im Jugendbereich der NAJU-Bundesgeschäftsstelle. Neben den Themen Biodiversität und Landwirtschaft arbeitet sie zum Bereich Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Naturschutz.

Sarah von Wintzingerode arbeitet bei der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) und ist hier für die Beratung zuständig. Beispielsweise wenden sich Verbände oder Einzelpersonen an FARN, wenn sie mit rechten Akteur*innen inhaltlich oder verbandlich zu tun haben und das vermeiden oder verhindern wollen. Hier berät Sarah selbst oder begleitet FARN-Berater*innen dabei, was die Ratsuchenden dagegen tun können.

Leandra Postay arbeitet auch bei der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) als Bildungsreferentin. Sie erstellt Bildungsangebote im Bereich Naturschutz, Rechtsextremismus und globale Gerechtigkeit und begleitet FARN-Trainer*innen dabei, diese durchzuführen.

FARN 
Fachstelle Radikalisierungsprävention
und Engagement im Naturschutz

Foto von Matthias: NABU / sevensmaltry; Foto von Karoline: NAJU / Stephanie von Becker

Was hat Naturschutz mit Rechts-extremismus zu tun?

FARN: Naturschutz ist seit seiner Entstehung als Heimatschutz immer wieder mit extrem rechten Ideologien verknüpft worden. Die Nationalsozialisten haben mit ihrer völkischen Blut und Boden-Ideologie Naturschutzideale mit menschenverachtenden Ideen verbunden und von einer natürlichen Verbindung von einem »arischen Volk« mit der deutschen Landschaft gesprochen.

Hinter der »Blut und Boden«-Ideologie steckt die Vorstellung, dass das eigene Volk (bzw. die eigene »Rasse«) mit dem eigenen Boden eine Einheit bildet, auf der ein gesunder Staat beruht. Diese Einheit muss vor fremden Einflüssen und Veränderungen bewahrt werden.

Auch heute beziehen sich extrem rechte Gruppierungen wie die Identitäre Bewegung, »Die Heimat«, die vorher die NPD war, oder die in Teilen rechtsextreme AfD auf dieses historische Erbe. So wirbt die AfD beispielsweise in der Europawahl mit dem Slogan »Naturschutz ist Heimatschutz« und verdeutlicht so ihr antidemokratisches und menschenverachtendes Gesellschaftsbild.

Matthias: Rechtsextreme nutzen den Naturschutz immer wieder als Thema, um in die Mitte der Gesellschaft zu kommen. Dort wollen sie ihre ausschließenden Gesellschaftsbilder über Themen des Naturschutzes platzieren. So verbinden sie zum Beispiel Natur- und Heimatschutz, den sie dann aber ethnopluralistisch und exkludierend (ausschließend/ausgrenzend) aufladen.

Ethnopluralismus gehört zum Weltbild der Neuen Rechten und ist Rassismus in neuem Gewand. Der Begriff bedeutet »Völkervielfalt«. Ihm liegt die Vorstellung zugrunde, dass Menschen in »Völker« und »Kulturen« eingeteilt werden können, die jeweils eine eigene, in sich geschlossene Identität haben und auf ein bestimmtes Territorium begrenzt sind. Die Vermischung und Beeinflussung von verschiedenen Kulturen wird abgelehnt und es wird eine kulturelle Homogenität von Staaten und Gesellschaften gefordert. Ethnopluralismus wird auch als »Rassismus ohne Rassen« bezeichnet, da er eine Diskriminierung und Ausgrenzung von »Fremden« rechtfertigt.

Zudem wissen wir, dass Zielkonflikte zwischen Klima- und Natur- bzw. Artenschutz genutzt werden, um demokratische Akteure und Prozesse verächtlich zu machen. Hier geht es also nicht um Lösungen, sondern um das Treiben von Konflikten.

Inwiefern sollte eine Naturschutzorganisation eine politische Position beziehen?

FARN: Unsere demokratische Verfassung ist keine Selbstverständlichkeit, denn Demokratie muss täglich neu aufgebaut, gelernt und gestärkt werden. Gerade in Zeiten vielfältiger Krisen und des Aufkommens rechtsextremen und populistischen Gedankenguts ist es entscheidend, dass alle gesellschaftlichen Gruppen, die sich auf Werte wie Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie stützen, sich auch politisch positionieren, damit diese Werte nicht bedroht werden. Die Naturschutzorganisationen können sich gemeinsam gegen autoritäre Ideologien, die dem menschlichen Leben schaden, wehren. Darüber hinaus ist das Existenzrecht von Naturschutzorganisationen in Gefahr, wenn die Demokratie geschwächt wird, wie wir aus anderen historischen Epochen gelernt haben.

Warum ist die Auseinandersetzung mit Naturschutz und Rechtsextremismus als Einzelperson wichtig?

FARN: So wie jede demokratische Organisation zur Wahrung der Demokratie beitragen kann, hat jede Person eine sehr wichtige Rolle bei der Verwirklichung einer Gesellschaft, die jedem* jeder das Recht auf Leben, Meinungsfreiheit und Engagement garantiert. Die Natur ist für das menschliche Leben unverzichtbar. Der Mensch hat seinerseits bei der Erhaltung der Natur und aller Arten eine sehr bedeutsame Aufgabe zu erfüllen. Aber auch rechtsextreme Gruppen engagieren sich im Naturschutz und können mit diesem Thema mehr Menschen für ihre menschenfeindliche Ideologie gewinnen. Als zivile Akteur*innen können wir uns über diese Instrumentalisierung informieren, andere warnen und aktiv zum Aufbau eines demokratischen Umweltschutzes beitragen, der alle Lebewesen respektiert.

Warum sollten NABU und NAJU Stellung beziehen gegen rechtspopulistische und rechtsextremistische Vereinnahmung?

Matthias: In der NABU-Bundessatzung* haben wir mehrere Dinge klargestellt, die es zu verteidigen gilt: 1. Naturschutz ist kein Mittel zum Zweck, z.B. um ihn diskriminierend aufzuladen, sondern soll dem Schutz der Natur dienen. 2. Wir machen unsere Arbeit auf wissenschaftlicher Grundlage. Zugleich wissen wir, dass von rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Seite der menschengemachte Klimawandel immer wieder in Frage gestellt wird. 3. Unsere Arbeit machen wir im Rahmen einer subsidiär angelegten freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Subsidiär ist ein Synonym für unterstützend und bedeutet hier, dass wir in unserer Arbeit als NABU und NAJU größtmögliche Selbstbestimmung und so wenige Regeln vom Staat wie möglich auferlegt bekommen.

Wir wissen aus Autokratien, dass dort ein zivilgesellschaftlicher und wirksamer Naturschutz kaum mehr möglich ist.

Autokratie ist eine Herrschaftsform, bei der nur eine Person oder eine Gruppe unkontrolliert politische Macht ausübt.

Und 4. haben wir unseren Mitgliedern, Mitarbeitenden und Partner*innen in §2 (3) ein Versprechen gegeben: Wir stehen für eine offene Gesellschaft und lehnen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ab.

Karoline: Unsere Verbandsgeschichte hat uns zwei wichtige Dinge gelehrt: wertgebunden und nicht staatstragend zu sein. NABU und NAJU haben in der Satzung ein klares Wertegerüst verankert, auf dem der Verband ruht: Wir bekennen uns zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, treten für Menschenrechte und Vielfalt ein. Zudem sind wir Teil der aktiven demokratischen Zivilgesellschaft und tragen damit auch eine gesellschaftliche Verantwortung. Dieser Verantwortung und unseren eigenen Werten können wir nur gerecht werden, wenn wir dafür eintreten, dass weder in unserem Verband noch in unserer Gesellschaft Platz ist für rechte Hetze und menschenverachtende Ideologien.

* Die NABU-Bundessatzung findet ihr unter www.NABU.de/wir-ueber-uns/satzung.html.

Was kann ich privat tun? → Solidarisch sein und mit denen zusammenschließen, die von Hass und Ausgrenzung betroffen sind
→ Miteinander sprechen, diskutieren, gegenseitig motivieren
→ Stickern, Poster aufhängen, Flyer verteilen
→ Demos organisieren und auf Demos gehen

Macht mit! → Meldet euch bei Interesse bei Karoline: Karoline.Kraft@NAJU.de

Neugierig? → Folgt naturschutzjugend auf Instagram, stöbert durch das Story-Highlight »Kein Blattbreit!« und schaut auf der Homepage vorbei: www.NAJU.de/gegen-rechts

Was macht die NAJU an der Schnittstelle Naturschutz/Rechtsextremismus schon?

Karoline: Unser Projekt »Kein Blattbreit der Rechten – Verbandliche Stärkung der Prävention gegen rechte Interventionen«, das vom Bundesfamilienministerium im Rahmen von Demokratie leben! gefördert wird und noch bis Ende 2024 läuft, ermöglicht es uns, umfangreich zu dem Thema im Verband zu arbeiten. Aber schon 2016 wurde das NAJU-Positionspapier zu Demokratie und Vielfalt verabschiedet. Im Positionspapier wird klar formuliert, dass die NAJU jegliche Zusammenarbeit mit Akteur*innen ablehnt, die u.a. durch menschenverachtende Äußerungen auffallen, dass wir eine Vereinnahmung von Natur- und Umweltschutzthemen durch rechte Gruppierungen ablehnen und dass wir für eine gewaltfreie Demokratie, für Willkommenskultur und Offenheit stehen.

und Naturschutz und trägt dazu bei, dass die Auseinandersetzung damit auch in der Verbandsarbeit eine größere Rolle spielt. Hierbei kommt dem Kompetenznetzwerk eine wichtige Funktion zu. Es hat eine Bildungsfunktion und ist darüber hinaus Anlauf- und Beratungsstelle bei rechten Vorfällen im Verband.

Matthias: Das Projekt sensibilisiert in der Fläche und ist damit ein wesentlicher Baustein für unsere Arbeit gegen rechtspopulistische und rechtsextremistische Interventionen. Die Ausbildung von Multiplikator*innen hilft uns, das Thema bei möglichst vielen Mitgliedern und Ehrenamtlichen zu platzieren. Sie bekommen Ansprechpartner*innen. Zudem helfen Multiplikator*innen uns, unsere weitere Arbeit im Themenfeld möglichst nah an den Bedarfen des Verbandes auszurichten.

Wer ist beim Kompetenznetzwerk dabei?

Karoline: Das Kompetenznetzwerk besteht momentan aus 20 geschulten NAJU- und NABU-Aktiven aus acht Landesverbänden sowie dem NAJU-Bundesverband. Mit dabei sind sowohl Ehrenamtliche als auch Hauptamtliche. Wir arbeiten daran, dass das Kompetenznetzwerk weiterwächst und in Zukunft alle Landesverbände vertreten sein werden.

Das Projekt »Kein Blattbreit der Rechten«

Im Rahmen des Projekts »Kein Blattbreit der Rechten« sind u.a. Bildungsmaterialien entstanden und es wurde im und für den Verband ein Kompetenznetzwerk aufgebaut. Die Mitglieder stehen den einzelnen Landesverbänden beratend und sensibilisierend zur Seite und können für Inputs bei Gruppenstunden oder NAJU/NABU-Veranstaltungen angefragt werden. Es kann auch kontaktiert werden, wenn es rechte Vorfälle bei euch vor Ort gibt oder ihr dazu Fragen habt und euch austauschen wollt.

Der NABU wurde 1899 als Bund für Vogelschutz gegründet. Er durchlebte das Kaiserreich, die Weimarer Republik und NS-Diktatur. Der Verband arbeitet gerade seine Geschichte intensiv auf und setzt sich stark mit rechten Interventionen im Verband und der Gefahr des Rechtspopulismus auseinander. Mehr Informationen findet ihr unter:

- » www.NABU.de/wir-ueber-uns/organisation/geschichte/34595.html
- » www.NABU.de/extremismus
- » www.NABU.de/populismus

Warum gibt es das Projekt »Kein Blattbreit der Rechten«? Was macht das Kompetenznetzwerk?

Karoline: Das Projekt füllt unser Wertegerüst weiter mit Leben. Es sensibilisiert im Verband und in der Öffentlichkeit für das Thema Rechtsextremismus

Foto: Halfpoint / stock.adobe.com





Ein Kommentar von Lukas

Lukas hofft, dass wir irgendwann wieder sachlich diskutieren können.

ICH FIND DICH SCHEISSE!



ODER: WIE MAN NICHT DISKUTIEREN SOLLTE

Was tun, wenn man einen Text über Meinung und Hass schreibt? Natürlich, man schaut erstmal in der Kriminalstatistik nach, wie sich politisch motivierte Straftaten, und darunter die Hassverbrechen, entwickelt haben. Und sobald man das tut, fällt einem die Kinnlade runter: 2023 gab es 47,63 Prozent mehr Delikte im Bereich der Hasskriminalität als noch im Vorjahr. Straftaten mit antisemitischem Hintergrund haben sich dabei beinahe verdoppelt.

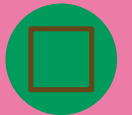
Im Allgemeinen ist Hasskriminalität in Deutschland immer weiter angestiegen. Gab es 2001 noch 5.376 Delikte, stand die Zahl 20 Jahre später bei 10.501 und 2023 erreichte sie einen weiteren Höchstwert mit 17.007 Straftaten. Wir haben in Deutschland also ein wirkliches Problem mit Hass – und das in einem Land, in dem der Spruch »Hass ist so ein starkes Wort!« durchaus Popularität genießt.

Eine kleine Erklärung: Es ist in Ordnung, ein Problem mit der Meinung einer anderen Person zu haben. Wo kämen wir hin, wenn wir alle die gleichen Ansichten hätten? Vielleicht in eine bessere, aber definitiv in eine langweiligere Welt. Politischer und gesellschaftlicher Diskurs funktionieren nicht dadurch, dass wir alle gleich sind oder gleich denken. Und das tun wir nicht. Allein schon unsere Biologie macht uns alle einzigartig und unser Umfeld sowie unsere Sozialisierung tun ihr Übriges. Diskussionen sind entsprechend erwünscht und in einer Demokratie besonders gern gesehen. Ich würde sogar so weit gehen zu behaupten, dass ein reger Meinungsaustausch unerlässlich für das Funktionieren unseres Staates ist. Meinungsverschiedenheiten

sind also nicht nur in Ordnung, sondern, wenn produktiv ausgetragen, eine wirklich gute Möglichkeit sich weiterzuentwickeln.

Schwierig wird es, sobald die eigene Meinung durch die Person selbst beeinflusst wird, mit der geredet wird. Wenn also nicht so sehr die Argumente des Gegenübers das Problem sind, sondern vielmehr das Aussehen, die Religion oder Meinungen der Person, wenngleich das mit der Diskussion nichts zu tun hat. Doch man muss auch sagen: Dass man Menschen nicht immer rational und vorurteilsfrei begegnet, ist eine vollkommen natürliche Sache. Vorurteile sind Teil unseres menschlichen Abwehrsystems gegen das Sterben, ein Überbleibsel aus der Jugend des Homosapiens.

Und auch heute sind Vorurteile nicht per se etwas Schlechtes. In manchen Fällen ermöglichen sie es uns, Situationen auf unseren Erfahrungen beruhend besser einzuschätzen. Das Wichtige hieran: Man muss sich bewusst sein, wann man es mit Vorurteilen zu tun hat und bereit sein, diese auf jede Situation, auf jeden Menschen anzupassen.



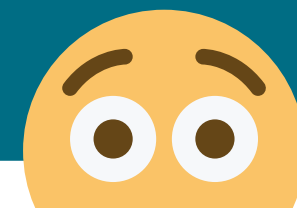
Man darf sich durch persönliche Abneigungen, die nicht auf Argumenten, sondern auf Bauchgefühlen fußen, nicht dazu verleiten lassen, anderen Menschen keinen Respekt mehr entgegenzubringen, beleidigend zu werden oder ihre Meinung kategorisch abzulehnen.

Meinungsäußerung sieht also im Optimalfall so aus: Man hat eine Meinung, stellt diese zum Thema passend in den Raum und unterlegt sie im besten Fall noch mit Argumenten. Mit Blick auf die Kommentarspalten im Internet, scheint das für viele jedoch schon zu viel verlangt zu sein. Keine Meinungsäußerung ist es, wenn die Äußerungen beleidigend werden, keine Argumente, sondern nur noch Wut, Angst oder Unverständnis als Grundlage haben und nicht mehr um Positionen gestritten wird, sondern gegen Menschen.

Leider sind wir sehr schlecht darin, uns daran zu halten. Vielleicht liegt es daran, dass durch Social Media jede*r sofort und überall mit allen möglichen Weltsichten konfrontiert wird. Da kann einem auch mal schnell der Tippfinger ausrutschen und anstatt eines »Das sehe ich nicht so!« ein »Nein, du ****« über die Tastatur huschen. Woran es allerdings auch liegt, sind Medien, die mit ihrer Berichterstattung Öl ins Feuer gießen und Politiker*innen, die zum Stimmenfang auf den Niveautiefflug aufspringen, den AfD und rechte Medien begonnen haben. Wenn sich also Hubert Aiwanger oder Markus Söder sowie weitere lautstark in der Öffentlichkeit über die – in ihren Augen – Unfähigkeit der Regierung aufregen und diese als gegen »das Volk« agierend titulieren, braucht man sich nicht zu wundern, wenn bei Bauernprotesten Ampeln an Galgen aufgehängt werden. Das wiederum schließt die Frage an, warum anderen gleich der Tod gewünscht wird, anstatt Konflikte mit anderen Mitteln friedlich zu lösen? Ich zumindest bin sehr gut durch meine Schullaufbahn gekommen, ohne meinen

Mitschüler*innen »Der Pate«-Style Angebote zu machen, die sie nicht ablehnen können. Letztendlich ließ sich für jedes Problem auch eine friedliche Lösung finden. Ob alle Beteiligten damit zu 100 Prozent zufrieden waren? Sicher nicht, aber das ist bei Kompromissen so. Und vielleicht müssen wir uns an der Stelle auch eingestehen, dass wir genau das an vielen Stellen verlernt haben: Kompromisse zu schließen.

Wir möchten doch alle in einer Welt leben, in der man sich gegenseitig auf der Straße zulächelt und friedlich unterhalten kann und in der Probleme zum Wohle aller gelöst werden können. Und doch machen wir es uns gegenseitig so schwer. Von allen Seiten ausgehend. Zu viel Unverständnis für andere und verhärtete Fronten prägen unseren öffentlichen Diskurs. Doch nur, wenn alle Betroffenen mit von der Partie sind, können wirklich gute Kompromisse geschlossen werden. Lasst uns aus unserer Vergangenheit deswegen doch ausnahmsweise etwas lernen und für unser Hier und Jetzt ändern. Das heißt konkret: Behandelt andere Menschen so, wie ihr gerne behandelt werden würdet. Ihr wollt keine Morddrohungen erhalten? Dann verschickt keine. Ihr wollt nicht, dass ihr vorverurteilt werdet, nur weil ihr gerne Lederhosen tragt? Dann lasst anderen ihre Freude an Leinenklamotten und Haferdrinks. Und schlussendlich: Ihr wollt mit Respekt behandelt werden? Dann bringt den gleichen Respekt all euren Mitmenschen entgegen, unabhängig von politischer Einstellung, Bildungsgrad oder Hautfarbe. Vielleicht kommen wir dann wieder aus unserem gesellschaftlichen Grabenkrieg hinaus.



Demokratisch Leben



Auf die Plätze, fertig, los: Mitbewohner*innen aus der LINSE freuen sich auf die Fußball-Europameisterschaft 2024.

Kennst du viele Menschen, die in einem Wohnprojekt leben? Ich nicht. Deswegen war es für mich umso spannender, JOANNE zu ihrem Wohnprojekt zu interviewen und viele interessante Sachen zu lernen – über ihren Zusammenhalt als Gemeinschaft, das Treffen gemeinsamer Entscheidungen, die Rolle von Vielfalt und vieles mehr. Ihr Wohnprojekt ist gelebte Demokratie unter einem gemeinsamen Dach.



NICK findet Wohnprojekte cool.

Seit Spätherbst 2022 wohnt Joanne im Mehrgenerationen-Wohnprojekt »Holzhaus LINSE« in Berlin-Schöneberg. Der Neubau, in dessen Erdgeschoss sich auch ein Jugendzentrum befindet, wurde Ende Oktober 2022 bezugsfertig. Eine kleine Handvoll Leute, die immer noch dabei sind, begann 2016 mit der Planung. Zurzeit leben dort 24 Erwachsene sowie 17 Kinder und Jugendliche.

Was hat dich dazu gebracht, in ein Wohnprojekt zu ziehen?

Ich musste wegen Eigenbedarf aus meiner Wohnung ausziehen, in der ich 21 Jahre als Alleinerziehende gewohnt habe. Als ältere

Alleinvertreterin hatte ich keinen Erfolg bei der Wohnungssuche und zog in eine 2er-WG. Nach einer Verletzung am Bein wurde u. a. klar, die Treppe dort wird im Alter zum Problem. Zum Glück gab es noch die Internet-Plattform CoHousing Berlin. Dort wurde von vielen Projekten berichtet und ich habe erfahren, dass im Holzhaus Linse noch einige wenige Plätze frei waren.

Die Gruppe um das Wohnprojekt bestand schon länger. Im Rahmen eines Wettbewerbsverfahrens, ein sog. Konzeptverfahren, das von der Stadt ausgelobt wurde, hatte sie ein Konzept für das Wohnprojekt erarbeitet. Das Konzept überzeugte und die Gruppe durfte

zusammen mit drei weiteren Baugruppen ein Grundstück erwerben. Dabei wurden wichtige Bedingungen vertraglich festgehalten. Unter anderem mussten die Dächer begrünt und ein Nistkasten aufgestellt werden. Wer mitbaute, musste anschließend darin wohnen.

Was zeichnet das Leben für dich dort aus?

Das Konzept beinhaltete erneuerbare Energiesysteme, eine Holzkonstruktion, einen Fahrradkeller, drei Gemeinschaftsräume, einen Garten und einen Fahrstuhl. Es sah vor, eine ganze Etage mit einer Cluster-Wohnung für Frauen über 50 zu errichten. Das ist eine Kreuzung zwischen einer WG und einer Kleinwohnung, bei der es private Wohneinheiten gibt, sich der daran anschließende Gemeinschaftsraum aber geteilt wird. Im Erdgeschoss sollte ein Jugendzentrum Platz finden. Fünf Familien, einige Singles und Paare schlossen sich dem Projekt an.

Gründe genug, sich dieser Gruppe anzuschließen. Die erste Begegnung mit der Gruppe, die ruhig, vernünftig und zuversichtlich auf mich wirkte, war aber das Entscheidende. Im Frühling 2024 stemmten wir unser erstes gemeinsames Grillfest und konnten Menschen von den benachbarten Projekten einladen. Nach fast zwei Jahren im Haus halten wir – wie auch während der Zeit der Pandemie – zusammen, um Herausforderungen zu bewältigen. Die Kinder halten uns jung und fröhlich!

Wie organisiert ihr euren Alltag?

Jede*r hat in der eigenen Wohneinheit seine*ihre Privatsphäre, die nach wie vor respektiert wird. Dennoch sind der freundliche Umgang und die gegenseitige Hilfsbereitschaft nicht verloren gegangen. Es gibt Chat-Gruppen für die Eltern, für Handwerker*innen und Gärtner*innen unter uns usw. Während die

einen z. B. eine Küchenzeile einbauen, übernehmen die anderen das Gießen im Garten. Einmal im Monat treffen wir uns freiwillig im Gemeinschaftsraum, um über aktuelle Themen zu sprechen. Ideen und Hilfestellungen werden ausgetauscht. Immer wieder kümmert sich jemand z. B. um eine Sammelbestellung für BelüftungsfILTER, andere haben gemeinsam Balkon-Kraftwerke angeschafft, ein anderer ist in Sachen Kühl- und Heizsysteme versiert. Spaß ist natürlich auch dabei. So hat jemand Beamer und Leinwand für die EM besorgt und viele haben gemeinsam für ihre Lieblingsmannschaft gejubelt.

Welche Regeln und Grundsätze habt ihr?

Wir sind inzwischen eine Wohnungseigentümergeinschaft und wie üblich müssen wir Dinge in regelmäßigen Abständen abstimmen, besonders, wenn zusätzliche Kosten ins Spiel kommen. Die Gruppenerfahrung durch die Baujahre hat uns gestärkt und Vertrauen gegeben, sodass wir Weiteres hoffentlich leichter stemmen werden können. Diverse Orientierungspunkte für eine Hausordnung sind in Arbeit. Wir informieren einander per Rundmail, wenn es um etwas geht, das gemacht werden soll, oder wenn es Fragen gibt.

Gemeinsam werden auf dem Grundstück Bäume gepflanzt.



Werden Entscheidungen einstimmig im Konsens getroffen oder entscheidet die Mehrheit?

Eine Mehrheit entscheidet, die allerdings immer mal wieder einstimmig ausfallen kann, besonders wenn es Zeit für einen respektvollen Austausch gibt. Enthaltungen werden mit Respekt entgegengenommen.

Spielen Diversität und Inklusion bei euch eine besondere Rolle?

Einige rollstuhlgerechte Wohnungen, Toiletten, Wege und Kellerräume wurden geplant und umgesetzt. Zwei Wohnungen sind für Menschen mit körperlichen und/oder mit Einkommenseinschränkungen. Momentan wohnen Menschen aus mindestens fünf verschiedenen Nationen unter uns. Diversität statt Monokultur ist uns von vornherein wichtig gewesen.

Wie würdest du euer Zusammenleben beschreiben?

Das Auffälligste ist, wie sich alle als Teil einer soliden Gemeinschaft fühlen können. Uns wurde durch einen aufwendigen Energienachweis bestätigt, dass wir ein beispielhaftes, klimafreundliches Gebäude u. a. mit Geothermie und Wärmepumpe zustande gebracht haben, nicht zuletzt durch den unermüdlichen Einsatz vom Architekten-Team, unseren Planer*innen, dem Projektmanagement, der Bauleitung und vielen Handwerker*innen. Die Beteiligung an der Planung schweißte die Gruppe auf eine besondere Art zusammen, sodass die Wertschätzung für jede*n einzelnen stieg. Das Zusammenleben ist schon deshalb leicht und bereitet immer wieder Freude.

Verbringt ihr viel Zeit miteinander?

Die meisten Bewohner*innen sind beruflich und familiär recht eingebunden. Bis nebenbei alle Anleitungen für neue Technologien – von der Kühlung bis zum Balkonkraftwerk – gelesen und verstanden wurden,

dauert es vermutlich noch ein wenig. Trotzdem finden wir immer wieder gerne Zeit, um gemeinsam Kaffee zu trinken oder eine Schüler*innenvorstellung zu besuchen. Besonders einladend ist für die Kinder der Hof, der Geborgenheit von der Großstadt bietet und viel genutzt wird. Geburtstage geben auch immer wieder Anlass, zusammenzukommen.

Was sind No-Gos?

Zwanghaftes vermeiden wir. Ein Mitbewohner hat es so formuliert: Ideal wäre es, wenn jede*r sich dort einbringen kann, wo es ihm*ihr Freude macht. Anscheinend ergänzen wir uns, denn bisher klappt vieles besser als erwartet.

Gibt es Dinge, die du in eurem Wohnprojekt besonders herausfordernd findest?

Die meisten von uns sind zum ersten Mal Eigentümer*in. Die Verantwortung ist im Falle unseres Wohnprojektes daher eine andere, als wenn man Mieter*in ist. Weil jede*r neben der eigenen Einheit auch zusätzlich gemeinsam für die gesamte Anlage verantwortlich ist, sind Absprachen immer wieder nötig. Diese nehmen Zeit in Anspruch, die oft zu knapp vorhanden ist. Bei Überraschungen bemühen wir uns dennoch, wie Stoßdämpfer die Auswirkungen abzufangen.

Vielen Dank, Joanne, für diesen spannenden Einblick in euer Zusammenleben und -wachsen!



Joanne beim Frösche beobachten mit einem Nachbarskind.

KOMMENTAR

IDENTITÄTSPOLITIK – EIN BLICK HINTER DIE KULISSEN



Politik prägt uns in allen möglichen Bereichen unseres Lebens, auch wenn wir das nicht direkt merken. Daher tragen die Menschen, die unsere Politik direkt oder indirekt mitgestalten, viel Verantwortung und sollten alle Bereiche der Gesellschaft mitbedenken. Allerdings werden oft einige Gesellschaftsgruppen bei Entscheidungen oder Gesetzen vergessen und dabei vor allem diejenigen, die zu einer Minderheit gehören.

Genau aus diesem Grund wird es oft für sinnvoll gehalten, diese Gesellschaftsgruppen auch direkt in der Politik repräsentiert zu sehen. Daraus ergibt sich der Begriff »Identitätspolitik«, der im Folgenden genauer diskutiert wird. Doch um verstehen zu können, was Identität überhaupt prägt, müssen wir zunächst die europäische Geschichte betrachten.

Ein Blick in die Geschichte

Vor der Epoche der Aufklärung wurde der Mensch als solcher keinesfalls als Individuum gesehen, sondern musste vielmehr seine gesellschaftlichen Verpflichtungen in einer religiös geprägten Gesellschaft erfüllen, ohne dass auf individuelle Bedürfnisse eingegangen wurde. Eine Frau musste beispielsweise einen Mann ihrer Klasse heiraten, leibliche Kinder bekommen und war allein für die Erziehung der Kinder und den Haushalt verantwortlich (heute sprechen wir hier von Care-Arbeit). Inwiefern das einen Menschen erfüllt hat, war nebensächlich, da der Mensch nicht als individuelles Wesen mit eigenen Bedürfnissen und Interessen definiert wurde. Diese starren Rollenbilder wurden auch stark von der Kirche und dem Christentum vorgegeben. Mit Beginn der Epoche der Aufklärung wird das christliche Weltbild infrage gestellt und viele Menschen bekommen einen neuen Zugang zu eigenem Denken. Ein langer Emanzipationsprozess mit vielen Aufständen beginnt, von der Französischen Revolution bis zur US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, angeführt von Martin Luther King und Coretta Scott King. Unterdrückte Gesellschaftsgruppen

finden mehr Gehör und können sich untereinander austauschen und organisieren. Ein weiteres bekanntes Beispiel ist der Stonewall-Aufstand von 1969 – der unseren heutigen Christopher Street Day (CSD) prägt –, bei dem für die Rechte von queeren Menschen gekämpft wurde. Einen großen Anteil an dem Aufstand hatten Marsha P. Johnson und Sylvia Rivera, die sie sich lautstark gegen rechtliche Unterdrückung, polizeiliche Gewalt und wiederkehrende Razzien in queeren Lokalen gewendet haben. Unsere Identität besteht aus vielen verschiedenen Bausteinen und wird stark von unserem Umfeld und der Zeit, in der wir leben, beeinflusst.

Die jahrhundertlange Unterdrückung bestimmter Gesellschaftsgruppen und die Aufstände dagegen finden sich heute noch wieder und die Kämpfe von z.B. Schwarzen Menschen, Menschen mit Behinderung, Sinti*zze und Rom*nja und queeren Menschen sind immer noch nicht vorbei.

»SCHWARZE MENSCHEN« ist eine Selbstbezeichnung von Menschen mit bspw. afrikanischen, karibischen oder afro-US-amerikanischen Vorfahren. Schwarz wird in diesem Zusammenhang groß geschrieben, um deutlich zu machen, dass damit keine Hautfarbe beschrieben wird. Schwarz ist vielmehr eine politische Selbstbezeichnung, die gemeinsame Erfahrungen sowie die gesellschaftspolitische Position und die Lebensrealität von Menschen beschreibt, die von Rassismus betroffen sind.



Marsha P. Johnson (links) war eine der ersten Transgender-Aktivistinnen und eine der führenden Persönlichkeiten beim Stonewall-Aufstand. Die Amerikanische Bürgerrechtsbewegung (rechts), angeführt von Martin Luther King, setzte sich für Gleichberechtigung und Gleichstellung von Afroamerikaner*innen ein.



Identität und Privilegien

Doch natürlich sind nicht nur diese Faktoren prägend für unsere Identität. Auch Hobbies, Familie, Ethnizität, Sprache, Freundschaften, Beruf, Alter, Style oder unser Insta-Feed sind ein Teil unserer Identität. Die Gewichtung dieser Sachen ist allerdings bei jedem Menschen anders. Außerdem unterscheidet sich unsere Identität auch abhängig davon, in welcher Lebensphase wir uns gerade befinden. Identität verändert und entwickelt sich bei jedem Menschen weiter und steht nicht von Anfang an fest.

Damit wird klar: Wir alle haben eine Identität, die in unserer mittlerweile individualistischen Gesellschaft auch stärker von Bedeutung ist. Fakt ist also, dass jede*r Entscheidungsträger*in Identitätspolitik macht – egal ob bewusst oder unbewusst. Wir sehen die Identitäten, die weniger als Norm angesehen werden nur mittlerweile deutlicher und nehmen diese daher eher wahr.

Da verschiedene Identitäten in unserer Gesellschaft verschieden viel Raum bekommen, müssen wir, wenn wir über Identität sprechen, auch über Privilegien sprechen. Dass es verschiedene Privilegien in unserer Gesellschaft gibt, egal ob Einkommen,

Hautfarbe oder Geschlecht, stelle ich hier nicht zur Debatte. Um diese Privilegienwaage auszugleichen, brauchen wir Menschen, die offen zu ihrer Identität stehen und ihre Rechte einfordern.

Umgang mit Identität

Nicht alle Menschen, die sich in einer Identität gleichen, haben auch automatisch dieselben Ansichten und Wünsche für ihre Identitätszugehörigkeit. Nur weil ein*e Entscheidungsträger*in zur selben marginalisierten Gruppe gehört, vertritt sie nicht automatisch meine Interessen. Jede Person unserer Gesellschaft kommt aus demselben unterdrückenden System und ist daher auch nicht frei von Diskriminierung, auch wenn sie selbst zu dieser Gruppe gehört. Ein gutes Beispiel dafür ist die LGBTQIA+ Community: Obwohl alle mit Diskriminierung zu kämpfen haben und sich daher unter demselben Regenschirm (umbrella term) vereinen, meinen trotzdem viele, besser als die anderen zu sein oder bestimmte Kriterien erfüllen zu müssen, um die richtige Art von »queer« zu sein und unserer heteronormativen Welt besser zu gefallen. Identitätspolitik allein sollte also unsere Politik nicht dominieren; vielleicht unsere Wahlentscheidung, aber nicht unsere letztendliche Politik. Schließlich gehören wir alle einer sozialen Gesellschaft an und

sollten unsere Politik nicht nur von dem beeinflussen lassen, was uns selbst nützt, sondern marginalisierte Gruppen mitdenken und integrieren. Denn auch ein Teil dieser Gesellschaft zu sein, ist ein Teil unserer Identität.

»**LGBTQIA+**« Diese englische Abkürzung steht für alle queeren Menschen, die sich nicht in den heteronormativen Denkmustern wiederfinden. Also lesbian (lesbisch), gay (schwul), bisexual, (bisexuell), trans* (transgender), queer, intersexual (intergeschlechtlich) und asexual (asexuell). Das Pluszeichen steht für alle weiteren Identitäten, die nicht in der Abkürzung zu finden sind, aber trotzdem Teil der Community sind.

»**HETERONORMATIV**« bezeichnet eine Weltanschauung und ein gesellschaftliches Wertesystem, das nur zwei Geschlechter (cis männlich und cis weiblich) und heterosexuelle Beziehungen (eine Frau und einen Mann) anerkennt und als normal ansieht. Cisgeschlechtlichkeit oder cis als Adjektiv bezeichnet Personen, die sich mit dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht wohlfühlen und durch ihre äußerlichen Merkmale mit dem von außen zugeschriebenem Geschlecht identifizieren.

Manche Kritiker*innen der Identitätspolitik meinen, dass die laute Zugehörigkeit zu einer Minderheit eher weniger zur Normalisierung beitragen würde. Aber ist es nicht so, dass nur Sichtbarkeit und Kommunikation zur Ermächtigung von unterdrückten Minderheiten führen? Ganz nach dem Beispiel »I don't see color« (»Ich sehe keine Hautfarben«) wird versucht, eine Diskriminierung unsichtbar zu machen, in dem man nicht über sie spricht. Alltagsrassismus ist immer noch allgegenwärtig und daher muss über ihn aufgeklärt werden, genauso wie über jegliche andere Diskriminierung.

Die großen und bedeutenden Entwicklungen in unserer Gesellschaft, die sie zu einer weitaus diverseren und offeneren Gesellschaft gemacht haben, wurden nicht durch stilles Aussitzen errungen. Kritiker*innen gibt es immer und das ist auch wichtig. Denn genau diese verschiedenen Meinungen – solange sie Meinungen bleiben – sind essenziell für unsere pluralistische Gesellschaft. Daher ist es ganz wichtig, sich darüber auszutauschen. Denn auch hier ist unsere Meinung über Identitätspolitik wieder ein Teil unserer eigenen Identität.

Sylvia Rivera war ebenfalls eine bekannte Transgender-Aktivistin und prägt die LGBTQIA+-Community bis heute.



Fotos: Patsy Lynch, Alamy Stock Photo (links oben) / GRANGER – Historical Picture Archive, Alamy Stock Photo (mitte oben) / Jony mundy, Alamy Stock Photo (rechts unten)

AUGEN AUF DIE

Lobbyismus. Ein Wort, das wohl allen, die sich mit Politik beschäftigen, schon mal zu Ohren gekommen ist. Jede*r hat eine ungefähre Vorstellung davon, worum es geht. Was Lobbyismus allerdings wirklich ist, wissen die wenigsten. Hier also eine kleine Einführung in die Welt der Interessenvertretung.

Das Wort Lobbyismus kommt aus dem Englischen und leitet sich von der Lobby, also der Eingangshalle, ab. Lobbyist*innen sind Menschen, die vor den Verhandlungsräumen und Büros dieser Welt warten, um ihre Anliegen an die Politik heranzutragen. Lobbyismus ist also Einflussnahme von gesellschaftlichen Gruppen auf Politiker*innen und Entscheidungsprozesse. Diese Gruppen können aus den unterschiedlichsten Bereichen kommen. In Deutschland sind von Wirtschaft über Privatpersonen bis hin zu Nichtregierungsorganisationen viele Lobbyist*innen im deutschen Bundestag aktiv. Derzeit sind knapp 36.000 Menschen dazu berechtigt, Interessenvertretung im Bundestag auszuüben. Um diesen Status zu erhalten, muss man seit 2022 verschiedene Kriterien erfüllen. Diese Regelungen finden sich im Lobbyregister.

Dem Lobbyregister gingen verschiedene Skandale voraus. So setzte sich bspw. Philipp Amthor für das IT-Unternehmen Auguste Intelligence ein, von dem er just Aktien bekommen hatte. Bei einem weiteren Fall hielten Unions-Abgeordnete Verbindungen nach Aserbaidschan und sahen sich mit Bestechungsvorwürfen konfrontiert. Für Aufsehen sorgte auch die Masken-Deal-Affäre von mehreren Unions-Abgeordneten. Mithilfe ihrer Kontakte in Ministerien und außerhalb des Parlaments vermittelten sie die

Beschaffung von Masken bestimmter Unternehmen und erhielten dafür Provisionen. Diese Skandale führten dazu, dass der bisherige Widerstand der Union gegen ein Lobbyregister nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. So wurde das Lobbyregistergesetz 2021 unter der damaligen schwarz-roten Koalition verabschiedet und unter der jetzigen Regierung zum 01.03.2024 weiter verschärft.

Lobbyregister: Der Status Quo

Das Lobbyregistergesetz, wie es seit dem 01.03.2024 gilt, regelt, wer unter welchen Umständen wie lange Lobbyismus betreiben darf – oder auch nicht – und welche weiteren Rahmenbedingungen gelten.

Hier ein kurzer Run Down: Das Gesetz gilt für Interessenvertretung gegenüber jeglichen Mitarbeiter*innen des deutschen Bundestages, seien es Regierungsmitglieder, Abgeordnete oder Angestellte in Ministerien. Lobbyist*innen müssen sich in das Lobbyregister eintragen, wenn sie planen, regelmäßig, auf Dauer und innerhalb von drei Monaten öfter als 30-mal Kontakt zu den oben genannten Personen aufzunehmen und dabei Zuwendungen oder sonstigen Profit aus der Arbeit ziehen. Eine sog. natürliche Person, die nur eigene Interessen vertritt, muss keinen Eintrag in das Lobbyregister vornehmen. Auch andere

EINGANGSHALLE

müssen sich nicht eintragen: Menschen bspw., die eine Petition überreichen, Menschen, deren Anliegen nicht mehr als zwei Wahlkreise betreffen oder wenn die Politik auf Expert*innen zukommt, um deren Rat einzuholen und der Impuls entsprechend vom Bundestag ausgeht. Die Daten, die das Lobbyregister benötigt, sind vor allem persönliche Daten, Kontaktadresse und die Anliegen, die vertreten werden mitsamt Auftraggeber*innen. Wichtig ist auch, dass die Interessenvertretung auf der Basis von Offenheit und Transparenz stattfindet. Wird das nicht eingehalten oder fand eine Eintragung ins Register nicht korrekt statt, können Geldstrafen von bis zu 50.000 Euro verhängt werden.

Das Gesetz ist allerdings nicht unumstritten. Verschiedene Gruppierungen sehen durch ungenaue Formulierungen, Ausnahmen und weitere Mängel punkte das Gesetz als zu lasch an. Ein Schritt in die richtige Richtung ist es allerdings für die meisten.

Was kann Lobbyismus denn jetzt?

Der Idee, dass Lobbyismus der legale Bruder der Korruption ist, hängen große Teile der Bevölkerung an. Wer viel Geld hat, hat durch viele Ressourcen besonders gute Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen. Mit Korruption und käuflichen Politiker*innen hat das jedoch nicht unbedingt etwas zu tun. Dennoch hat die Interessenvertretung in Deutschland nicht den besten Ruf. Die Überschrift eines Artikels der Bundeszentrale für politische Bildung bringt hierbei eines der Probleme auf den Punkt: »Lobbyismus im Geheimen schadet der Demokratie!«. Deswegen

ist es umso wichtiger, dass durch Gesetze immer mehr Klarheit und Transparenz geschaffen werden. Denn wenn Lobbyismus funktioniert, kann er ein Sprachrohr z.B. für Umweltschutzverbände sein. Das EU-Renaturierungsgesetz bspw. ist ein Produkt von Expertise aus Wissenschaft und Naturschutzverbänden, die damit ein sehr wichtiges Projekt für den europäischen Naturraum geschaffen haben. Lobbyismus kann also Know-how an Politiker*innen herantragen und ihnen dabei helfen, gut durchdachte Gesetze auf den Weg zu bringen. Das gilt in allen politischen Bereichen, von Wirtschafts- bis Bildungspolitik. Es wird aber dann problematisch, wenn nicht mehr nachzuvollziehen ist, was und wer eigentlich hinter den Entscheidungen der Politik steckt.

Schauen wir mal, was wird!

Lobbyismus kann demokratisch funktionieren und ist sogar wichtig für viele Gruppen, um nicht übergangen zu werden. Gleichzeitig wohnt ihm auch ein Problem inne, denn wer mehr Geld hat, der kann auch mehr Einfluss nehmen. Damit das nicht unkontrolliert und undurchsichtig passiert, sind Gesetze wie das Lobbyregistergesetz in Deutschland von enormer Bedeutung. Dass die Bevölkerung die größtmögliche Einsicht in die Politik hat, stärkt zugleich wieder ihr Vertrauen in die Entscheidungsträger*innen dieses Landes.

Also: Lobbyismus, ja oder nein? Ein »Ja, aber...« scheint die sinnvollste Antwort zu sein.

Foto: gremlin / iStock



Die NAJU steht auf Vielfalt. Lebendig, vielfältig und tolerant soll auch unsere Gesellschaft sein. Doch gerade gerät bei uns im Land und europaweit einiges ins Wanken. Davor können und wollen wir nicht die Augen verschließen. Wir stehen auf Demokratie und stehen auf für Demokratie! Zeit also für eine Demokratie-Heft.

In einem Jahr erscheint die nächste Ausgabe der STØRK. Und wie immer wird auch diese von jungen Menschen für junge Menschen geschrieben. Das macht unser Magazin so besonders. Um welches Thema es sich dann drehen wird, wird im Frühjahr feststehen. Wenn du Lust hast, mit Texten, Fotos, Comics & Co dabei zu sein, dann melde dich unter stork@NAJU.de! An diese Mail kannst du uns auch allgemeines Feedback schicken.

Wenn dich interessiert, worum es in den STØRK-Heften der letzten Jahre ging, dann schau unter www.NAJU.de/stork vorbei. Dort findest du alle Hefte zum Download.

